

51. Landesparteitag Neukieritzsch

Seite 1

Dringlichkeitsantrag

Betr.: Vereint gegen Antisemitismus – Taten statt Worte

Antragsteller: Frank Müller-Rosentritt, Hai Bui, Margitta Scheffler, Frauke Meier, Clemens Heydrich, Robert Teuber, Leonard Marki, Holger Richter, Robert Müller, Philipp Hartewig, Martin Walther, Stefan Scharf, Robert Malorny, Alexander Koch, Johannes Zeller, Miro Becker, Viola Martin-Mönnich, Clara Fauser, Lydia Streller, Maximilian Dichtl, Benjamin Lange, Steve Görnitz, Sven Borner, Holger Hase, Kristin Franke, Thomas Kunz, Oliver Dorausch, Moritz Melchior, Friedemann Krannich, Dominik Zoch, René Hobusch, Michael Pfüller, Christian Klaus

1 Der Anschlag auf die jüdische Gemeinde Halle (Saale) hat uns einmal mehr vor Augen
2 geführt, wie stark Jüdinnen und Juden in Deutschland gefährdet sind. Der Antisemitismus
3 ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Die deutsche Staatsräson ist es, diesen zu
4 bekämpfen und Jüdinnen und Juden weltweit zu schützen.

5 Da der Antisemitismus zwar substanzuell gleich, aber ständig neu artikuliert auftritt, braucht
6 es maßgeschneiderte Lösungen. Als Freie Demokraten im Freistaat Sachsen unterstützen
7 wir das Vorhaben, Lösungsansätze auf allen möglichen politischen Ebenen zu finden.
8 Besonders wichtig ist dabei das Thema Bildung. Die Arbeitsdefinition der Internationalen
9 Allianz für Holocaust-Gedenken erklärt Antisemitismus als: „bestimmte Wahrnehmung von
10 Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet
11 sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und / oder deren
12 Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.
13 Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden
14 wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

15 Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland klagt einen zunehmenden Vertrauensverlust in
16 die staatlichen Institutionen an. Als FDP im Freistaat Sachsen setzen wir uns dafür ein,
17 dass Jüdinnen und Juden in Deutschland frei, sicher und gleichberechtigt leben können.
18 Wir setzen uns dafür ein, dass Antisemitismus und Hass gegen Minderheiten im
19 Allgemeinen keinen Platz in unserer Mitte hat. Wir setzen uns dafür ein, dass das Problem
20 an der Wurzel gepackt wird. Das bedeutet, dass wir effektive und zielgerichtete
21 Maßnahmen gegen Antisemitismus in jeder Ausdrucksform anstreben.

22

23 Die FDP Sachsen fordert daher folgende Maßnahmen:

- 24 1. Konkrete Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für sächsische Polizei, Gerichte
25 und Staatsanwaltschaften zum Thema Antisemitismus
- 26 2. IHRA-Definition für Antisemitismus für die Arbeit des Freistaat Sachsen übernehmen
- 27 3. Konsequente Strafverfolgung antisemitischer Übergriffe

Seite 2

- 28 4. Zeitnahe Umsetzung der Handlungsempfehlungen des wissenschaftlichen Gutachtens
29 „Antisemitismus in der Schule“ an allen sächsischen Schulen
- 30 5. Sensibilisierung für alle Formen von Antisemitismus – egal ob von linker, rechter oder
31 islamistischer Seite- und Rechtsradikalismus in sächsischen Behörden, durch die
32 Einführung eines Erwachsenenbildungsprogramms
- 33 6. Forcierung der Bildung einer unabhängigen Meldestelle für antisemitische Übergriffe,
34 orientiert am Vorbild der bundesweiten RIAS-Meldestellen.
- 35 7. Einrichtung einer Kommission beim Antisemitismusbeauftragten, die einen konkreten
36 Maßnahmeplan im Kampf gegen Antisemitismus entwickelt.
- 37 8. Förderung von zivilgesellschaftlichen Aufklärungs- und Sensibilisierungsprogrammen
38 wie „Rent a Jew“, um in Schulen und Universitäten Nicht-Juden und Juden gezielt
39 zusammenzuführen
- 40 9. Der Freistaat Sachsen soll sich für eine verstärkte finanzielle Unterstützung von
41 Sozialprojekten für Aussteiger für Aussteiger aus der politischen und religiösen
42 Extremistenszene beim Bund einsetzen.
- 43 10. Bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Polizei zur Abwehr von Gefahren
44 des Antisemitismus von politischen und religiösen Extremisten im off und online-
45 Bereich.
- 46 11. Errichtung von staatsanwaltlichen Online-Task Force, die sich ausschließlich mit der
47 konsequenten Verfolgung von Hasspostings im Internet befassen.
- 48